

Sieglinde Friess, ver.di-Fachbereichsleiterin  
Bund/Länder und Gemeinden

**Rede**  
**Antikriegstag**  
**01. September 2004**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Der heutige Tag ist für mich auch ganz persönlich ein wichtiger Gedenktag:

Ich bin ein Kind der Stadt Günzburg, die immer noch einen zweifelhaften Ruf hat.

Günzburg ist der Wohnort der Mengeles und damit auch des KZ-Arztes Mengele.

Immer noch wird dort alles getan, den Horror der Nazis zu verschweigen und zu vertuschen,

immer noch gibt es Straßen, die nach Mengele heißen, immer noch muss dort gekämpft werden um wenigstens kleinere Gedenktafeln anzubringen.

Wenn ich also heute an „Nie wieder Krieg“ denke, dann denke ich auch an den Holocaust, an die Vernichtung von über 6 Mio Verfolgten, an das Vergessen, an das Verdrängen und

das Abwehren von Schuld.

„Nie wieder Krieg“ heißt deshalb auch für mich „Nie wieder Holocaust“.

Heißt für mich auch das Übernehmen von Verantwortung, dass so etwas nie wieder passiert!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Antikriegstag hat eine lange Geschichte, eine Geschichte des „auf und ab's“, eine Geschichte des Erfolges aber auch des Misserfolges.

Schon 1845 gab es in Großbritannien den ersten Friedenstag, nach dem 1. Weltkrieg war es der 1. August zur Erinnerung an den Friedensbeginn und am 01. September 1957 wurde zum ersten Mal der Antikriegstag begangen – als Erinnerung an den deutschen Überfall auf Polen 1939.

Für die Gewerkschaften war es in der Vergangenheit nicht selbstverständlich sich an diesen Antikriegstagen zu beteiligen, deshalb ist es als Erfolg anzusehen, dass der DGB und seine Einzelgewerkschaften sich heute – wie auch in den letzten Jahren – bundesweit aktiv beteiligen.

Ich möchte nur daran erinnern, dass der bekannte ÖTV-Vorsitzende Kummernuss große Schwierigkeiten hatte als er sich offensiv gegen die Wiederbewaffnung zur Wehr setzte.

Schon allein deshalb freue ich mich sehr,  
bei euch reden und auftreten zu können.

Denn wir müssen uns der Verantwortung stellen und jegliche Kriegstreiberei verhindern!  
Gestern – heute und morgen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wo die Bundesregierung sich gegen den Krieg im Irak aussprach, hat sie sich in Afghanistan und im Kosovo beteiligt. Im Kosovo musste sogar der Vergleich zum Holocaust als Legitimation dafür herhalten.

Es geht also nicht um eine aktive Friedenspolitik,  
nicht um die Verhinderung von Kriegen als Lösung,

sondern es geht um den Kampf um die Weltmacht,  
um die wirtschaftlichen Interessen weltweit.

Die EU – und dabei in führender Rolle die Bundesrepublik – hat sich zum Ziel gesetzt die USA ökonomisch und machtpolitisch zu überholen –  
und letztendlich sind ihnen dafür alle Mittel recht – auch Krieg!

Verteidigungsminister Struck hat es in einer Pressekonferenz deutlich gesagt:  
„Die Bundeswehr ist auf dem Weg zur weltweit einsetzbaren Angriffsarmee“

und dafür wird der Boden bereitet – es wird umstrukturiert und finanziert:

- nur einige Beispiele –

- Die Bundeswehr wird zur Angriffswehr umgerüstet
- 7.000 Soldaten sind im Auslandseinsatz
- Kriegstruppentransporter, Kampfhubschrauber, Transporthubschrauber, Eurofighter, Fregatten, Korvetten, U-Boote und und und

Für größenwahnsinniges Machtstreben gibt es alles: Forschung, Entwicklung, Personal und letztendlich auch Geld.

Die Rüstungsindustrie dankt es Ihnen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es gibt wohl keinen automatischen Bezug zwischen Aufrüstung und Sozialabbau.

Aber die „Herren“, die Weltmacht sein wollen, müssen das finanzieren und da wird halt von denen genommen, die sich am wenigsten wehren können.

Der Wehretat wird auf 23,9 Milliarden erhöht, für den Kampfhubschrauber „Tiger“ gibt es schnell mal 3,4 Milliarden und auch die Transporterhubschrauber lassen sie sich über 5 Milliarden kosten

um nur ein paar Summen zu nennen.

Gleichzeitig betreiben die selben „Herren“, betreibt die Politik in Bund und Land ein Verarmungsprogramm was bisher nie dagewesen ist:

- Ein Arbeitslosengeld II wird eingeführt, wodurch fast jedes 5. Kind unter die Armutsgrenze fällt.
- Die Arbeitslosen werden bestraft – die Arbeitslosigkeit wird erhöht.
- Wenige Menschen müssen mehr arbeiten – viele haben keine Arbeit
- Alte Menschen vegetieren in Altenheimen – fast 50% haben Mangelerscheinungen
- Und kranke Menschen werden nach ihrem Geldbeutel behandelt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich könnte noch viel mehr aufzählen, aber das Meiste wisst Ihr sowieso.

Eines möchte ich allerdings noch erwähnen, um zu verdeutlichen, dass es nicht nur die Bundesregierung ist, die diese Politik betreibt. Es gibt hierfür einen „Allparteienskonsens“, der unerträglich ist.

Denn auch in Hamburg wird bei den Kitas, den Schulen, den Jugendlichen, der sozialen Infrastruktur auf „Teufel komm raus“ gespart und gleichzeitig erhalten EADS und Marinemuseum Geld ohne Ende.

Wenn wir uns also heute gegen den Krieg wehren, dann müssen wir morgen die Kita-Demo unterstützen.

Alle Parteien betreiben einen - in Tüddelchen – „Feldzug“ gegen unsere sozialen Errungenschaften. Wollen uns für Ihre Machtinteressen verwerten.

Deshalb

Schließen wir uns zusammen,  
lassen wir uns diese menschenverachtende Politik nicht gefallen.

Denn, wer sich nicht wehrt, der hat schon verloren!

Danke